

Zur Inneren Sicherheit



Foto: Friedhelm Windmüller

Rainer Wendt

**Bundvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG),
Präsident der Europäischen Polizei Union (EPU)**

Ein Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts – das ist unsere Verantwortung

Gewerkschaften können es sich leicht machen und nach mehr Personal und besserer Bezahlung rufen, wenn das Thema Innere Sicherheit auf die Tagesordnung kommt. Und die Forderung wäre nicht einmal falsch, im Gegenteil. Wer gute Polizeiarbeit haben will, braucht qualifizierte und motivierte Polizeikräfte, die angemessen bezahlt sind und sich mit persönlicher Ausstattung schützen und ihren dienstlichen Auftrag erfüllen können. Da gibt es sehr viel Luft nach oben, wenn man sich nur die desolaten Personalentwicklung und dramatischen Unterschiede der Ausstattung von Einsatzkräften in europäischen Mitgliedsländern betrachtet.

Hoher Anspruch – schlechte Ausstattung

Die Europäische Union versteht sich als ein Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts. Aber sie ist weit davon entfernt, diesen gewaltigen Anspruch auch zu erfüllen. Die Europäische Polizei Union (EPU) hat schon vor Jahren untersucht, wie riesig die Unterschiede bei Ausstattung und Ausrüstung der Kräfte in den einzelnen Mitgliedsländern sind; passiert ist bisher wenig. Und bei den Kandidaten für eine Aufnahme in die EU sieht es nicht besser aus, im Gegenteil. Dabei ist es eine Binsenweisheit, dass die EU nicht nur bei der Verteidigung gegen Feinde von außen gemeinsam und kraftvoll vorgehen muss, sondern auch im Kampf gegen Kriminalität, Terrorismus und Demokratiefindlichkeit eine Zeitenwende in der Sicherheitspolitik braucht.

Das gilt auch für die Entwicklung der Sicherheit im Straßenverkehr, die besorgniserregend ist. Statt gemeinsame Standards in der Verkehrsüberwachung zu entwickeln und anzu-

wenden, üben sich die Mitgliedsländer selbst in Kleinstaatlichkeit und nationalen Eitelkeiten. Und in Deutschland spielen die Bundesländer und auch der Bundesgesetzgeber eine wenig beispielgebende Rolle. Als ein Beispiel sei die nahezu überall in Europa erfolgreich eingesetzte „Section Control“ genannt, die bei uns gescheitert ist. Da wurde eine wichtige Chance vertan.

An Innovationen mangelt es nicht und auch die Zusammenarbeit der Akteure ist häufig beispielhaft. Dies wird in spektakulären Erfolgen, etwa bei der Verhinderung von Terroranschlägen, Bekämpfung der Schleusungskriminalität und anderen Phänomenen deutlich. IT-Forensik setzt neue Maßstäbe in der Ermittlungsarbeit, Ausrüstungs- und Trainingsmöglichkeiten werden zum Schutz der Einsatzkräfte weiterentwickelt und dienen zugleich der Optimierung von Einsatzz Techniken. Moderne Überwachungstechnik ist ressourcenschonend und von größtmöglichem Grundrechtsschutz und auch großflächige kritische Infrastruktur lässt sich schützen, ohne die finanziellen Möglichkeiten der Betreiber zu überfordern.

In der Umsetzung all dieser Möglichkeiten gibt es erhebliche Optimierungspotentiale, die nur politisch zu realisieren sind. Wenn jede Beschaffung in Deutschland eine Vielzahl von eigenen Projektgruppen, Erprobungsphasen und gelegentlich jahrelangen parteipolitisch geprägten Debatten auslöst, stellt unser Land kein gutes Beispiel dar, wie es in Europa laufen sollte. Natürlich gibt es eine Alternative zu einem gemeinsamen Vorgehen in der EU, nämlich die bisher gelebte Praxis des „freundlichen Nebeneinander“ der unterschiedlichen Verantwortungsträger. Darüber freuen sich allerdings die Falschen.

EU-Staaten müssen an einem Strang ziehen

Dies ist kein Plädoyer für eine weitergehende Zentralisierung von Polizeiarbeit. Das Beispiel der Entwicklung der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ in Deutschland hat gezeigt, wie wenig wirkungsvoll ein Konzept ist, das mit viel gutem Willen gestartet ist. Eine solche Strategie ohne Beteiligung der Länder und anderer Verantwortungsträger zu entwickeln, konnte allerdings nicht gelingen. Starke Länder sind für bürgernahe Polizeiarbeit ebenso wichtig, wie für die Früherkennung von Gefahrenpotential gesellschaftlicher Entwicklungen. Deshalb ist es keine zielführende Entwicklung, wenn nur einzelne Länder an ihrer Stärke festhalten und die Polizei auf hohem Niveau ausstatten, andere wiederum die Polizei mit Sparmaßnahmen überziehen. Wenn die Ungleichheit im Niveau der Länder weiter fortschreitet, leidet die Innere Sicherheit als Ganzes darunter. Die deutsche Hauptstadt müsste übrigens beispielhaft in Ausstattung ihrer Polizei mit Ressourcen jeglicher Art sein, doch ist sie es leider nicht.

Gemeinsames Handeln schont nicht nur Ressourcen, es ist eine der wichtigen Voraussetzungen für erfolgreiche Realisierung polizeilicher Aufgaben. Die Bereitschaftspolizei und auch die Spezialeinheiten sind gute Beispiele für eine solche Strategie. Wenn sich zu einem solchen Vorgehen noch eine moderne Führungs- und Wertekultur entwickelt, kann sich die EU insgesamt zu einem stabilen Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts entwickeln, wo eine der treibenden Kräfte Deutschland sein könnte.